

DAS ARGUMENT

301

ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE
UND SOZIALWISSENSCHAFTEN

€

**Neugründung
Europas als passive
Revolution?**



Gastherausgeber: Hans-Jürgen Bieling

Redaktion dieser Ausgabe: Hans-Jürgen Bieling, Alban Werner (Koordination),
Wolfram Adolph, Peter Jehle, Frigga Haug, Wolfgang Fritz Haug, Bernd Röttger

Volker Braun <i>Inbesitznahme der großen Rolltreppe durch die Medellner Slumbewohner am 27. Dezember 2011</i>	1
Editorial	3
InkriT-Nachrichten	6
Robert Castel 1933–2013 (Martin Kronauer)	7
Frigga Haug <i>Clara Zetkin und wir. Der Zetkin-Preis</i>	9
Verlagsmitteilungen	16

Widersprüche und Kontexte der europäischen Integration

Mathis Heinrich und Bob Jessop

Die EU-Krise aus Sicht der Kulturellen Politischen Ökonomie: Krisendeutungen und ihre Umsetzung

19

Hans-Jürgen Bieling

Die krisenkonstitutionalistische Transformation des EU-Imperiums: zwischen autoritärer Neugründung und innerem Zerfall

34

Karl Georg Zinn

Eine keynesianische Einschätzung der Euro-Krise

47

Die Euro-Krise in der globalen politischen Ökonomie

Dieter Plehwe

Europäische Krise oder europäische Dimension der Krisen? Amerikanische Perspektiven

61

Fortsetzung auf S. II

Gesamtkoordination: Sissy Müller
Glashüttenstr. 28 · D-20357 Hamburg
Tel. +49 (0)40 401800-16 · Fax -20
argument@inkrit.org · www.inkrit.de/argument

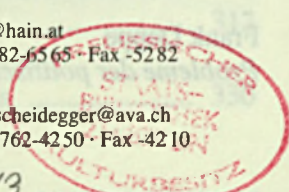
Argument-Verlag · verlag@argument.de
Tel. +49 (0)40 401800-0 · Fax -20

Einzelbestellung & Abonnement
versand-argument@t-online.de
Tel. +49 (0)30 611-3983 · Fax -4270

Buchhandelsauslieferungen: Deutschland
Prolit · n.kallweit@prolit.de
Tel. +49 (0)641 943-93 24 · Fax -93 89

Österreich
Hain · bestell@hain.at
Tel. +43 (0)1 282-65 65 · Fax -52 82

Schweiz
Scheidegger · scheidegger@ava.ch
Tel. +41 (0)44 762-42 50 · Fax -42 10



244 227/14-55, 112 = 301. 2013

gesellschaftlicher Kerninstitutionen, wie der Lohnarbeit, als zentrale Bedingung gesellschaftlicher Teilhabe, zur »Irritation von Herrschaftszusammenhängen« (Hark/Völker, 31) oder zur Verschärfung von Geschlechterungleichheit führe.

So zwingen Maßnahmen im Rahmen von Hartz IV Sozialhilfeempfängerinnen nicht nur zur Arbeitsaufnahme im Niedriglohnsektor, sondern auch zur Aufgabe traditioneller Geschlechterrollen und können so auch eine »Chance [sein], sich den häuslichen Sorgerepflichtungen [...] zeitweilig zu entziehen und zu sich selbst zu kommen«. – Woltersdorff zeigt, dass »queer people« bereit sind, »prekarierte Arbeitsverhältnisse hinzunehmen, weil sie ihnen die De-Normalisierung von Heteronormativität versprechen« (237). Ambivalenzen finden sich auch in der von Ebert u.a. durchgeführten Analyse in Ostdeutschland: »Wir sind in unseren Gruppenwerkstätten weder einer Avantgarde, noch funktionierenden patriarchalen Strukturen begegnet, keiner neuen sozialen, womöglich revolutionären Klasse und keinem Stillstand, keiner Ödnis, sondern Strategien und Praktiken, die die derzeitigen Destrukturierungsprozesse durcharbeiten, ohne sie sogleich wieder in neue Eindeutigkeit und Bestimmbarkeit überführen zu können.« (207)

Pessimistischer sieht dagegen Angela McRobbie das Potenzial von Prekarisierung, verfestigte geschlechtliche Herrschaftsverhältnisse aufzubrechen. Gerade durch die Bedeutung, die Frauen für die »neue Arbeitswelt« (McRobbie bezieht sich hier vor allem auf die »Life-style-Industrie«) haben, wird versucht, die gefährdeten Geschlechterhierarchien aufrecht zu erhalten. »They become subjects of excessive attention on the part of governments and global corporations.« (225) Zu einem ähnlichen Schluss kommt auch Woltersdorff: »Im selben Maße, wie das Normalarbeitsverhältnis zugunsten entgarantierter Arbeitsverhältnisse schwindet, ohne seinen idealen Status einzubüßen, geht auch die Verbindlichkeit geschlechtlicher und sexueller Normen zurück, ohne dass diese dadurch bereits ihre Gültigkeit verlieren.« (245)

Dass unsichere Arbeits- und Lebensverhältnisse nicht nur für Frauen sondern auch für Migrant/innen – und, wie Woltersdorff hinzufügt, für sämtliche Subalterne – nicht erst seit Kurzem Realität sind, veranlasst Magdalena Freudenschuß, Ingrid Jungwirth/Katrin Scherschel und Gabriele Winker, die Debatte »intersektional« auszuweiten. Jungwirth und Scherschel etwa fassen mit dem Begriff »verordnete Prekari« (127) die Effekte des abgestuften Systems der Aufenthaltsrechte, das Asylsuchende in prekäre und Niedriglohnbereiche drängt. Der Bedarf und die Entstehung eines Marktes für irreguläre Hausarbeit ist Ursache und Folge davon. So detailliert und facettenreich das Bild der Prekarisierung erfragt, kritisiert und gezeichnet wird, so wenig kann (oder will?) der Band politikfähige Aussagen liefern. Unterbelichtet bleibt, wer Prekarität verursacht und wie dagegen gekämpft werden kann.

Therese Fuchs (Wien)

Soziale Bewegungen und Politik

Forschungsgruppe »Staatsprojekt Europa« (Hg.), *Die EU in der Krise. Zwischen autoritärem Etatismus und europäischem Frühling*, Westfälisches Dampfboot, Münster 2012 (165 S., br., 15,90 €)

Was wird mit dieser EU? Sie begann nach 1945 gemächlich und holprig, sparte zunächst große Teile aus und wurde – nicht für alle selbstverständlich – zur kapitalistischen »Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft« (EWG) und in zwei Schüben – des rein-westlichen und nach dem friedlichen Kollaps der Sowjetunion und ihrer Satellitenstaaten globalen

›Wachstumsrings‹ – mit 27 Staaten auf dem Weltmarkt platziert. Gigantomane wurden aus Marktmachtinteresse vor allem geopolitische und geökonomische Heterogenitäten in Kauf genommen. Die verschiedenen Interessen stimmten dabei im großen, verschieden motivierten Appetit überein. Die großen Staatsteilnehmer und ihre weltweit agierten und agierenden Akteure, meist Mitglieder der zweiten Stunde (Römische Verträge 1955), tagträumten von konkurrenzübermächtigenden economies of scale; die organisatorisch verantwortlich nicht zu gewährleistende politics of scale hinkte konsequent hinterher. Die Kleineren, ökonomisch ungleichzeitig entwickelt, mit beträchtlichen Agrarsektoren, hofften auf Subventionen und eine durch diese bewirkte ›gleiche Entwicklung‹. Spätestens seit 2007/2008, da vor allem in Ländern der ›westlichen Welt‹, die USA als imperiale Blase an der Spitze, alle Institutionen und Schichten finanzkapitalistisch ihre spekulativ prall gefüllten Luftballons steigen ließen, um den kläglichen, zerplatzten Gummirest restriktiv einzusammeln, kam es europäisch zu einer Krachersequenz mit erheblichen und wie üblich primär Arme und Arbeitslose treffenden Kollateralschäden. Im Zuge nordafrikanischer Unruhen kam es zu demonstrativen Protesten in Europa und den USA – von daher der Titel des Buches. Wie es in der Einleitung heißt, setzt der Sammelband historisch flach nach dem Ende der ›Erfolgsgeschichte‹ ›Europa‹ 2011 ein. »Schlaglichtartig« sollen die Beiträge »zentrale Dynamiken der Rekonfiguration des europäischen Staatsapparate-Ensembles« erhellen. Mit Hilfe diskursanalytisch ausgeschöpfter europäischer Zeitungsquellen soll dann situationsspezifisch »die demokratische Frage von neuem gestellt werden« (8). (Wann wurde sie, anders als geschwätzig, überhaupt jemals gestellt?)

Auf 35 Seiten überblicken zunächst Sonja Buckel, Fabian Georgi, John Kannankulam und Jens Wissel die »Kräfteverhältnisse in der europäischen Krise« unter dem Gramsci entlehnten Haupttitel: »[...] wenn das Alte nicht stirbt und das Neue nicht zur Welt kommen kann.« Und dann ›projektelt‹ es auf materialdürren, hohen Begriffsstelzen vor sich hin. Von Poulantzas ist die Rede und seiner in so präntiösen wie empirisch armen Theoriezusammenhängen zum Allgemeinplatz gewordenen Formulierung: Aus den »gesellschaftlichen Konflikten und Antagonismen« bilde sich »die spezifische apparative Struktur des postfordistischen Staatsapparate-Ensembles in Europa als ›materielle Verdichtung von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen« (12). Was heißt das? Welche Kräfteverhältnisse haben sich wie mit welchen Konsequenzen verdichtet? Diese und andere Fragen verwehen im Mund. Das »Staatsapparate-Ensemble« ist ein Alleskleber. Da wird schon, ohne ihn näher vorzustellen, »der neogramscianische Ansatz der Internationalen Politischen Ökonomie entlehnt und weiter entwickelt« (14) und bornierte ›Innenpolitiker‹ wie ich suchen jenseits neuer Phrasierung vergeblich nach einem historischen und darum politisch fülligen Gramsci. Weiter entwickelt meint, so legen die folgenden Sätze nahe, »dass sich gesellschaftliche Auseinandersetzungen um Hegemonie strukturieren lassen, indem unterschiedliche *Hegemonieprojekte* identifiziert werden.« (ebd.) Über das »Staatsprojekt« der EU, die Potenz eines »gegenhegemonialen Projekts«, die »Internationalisierung des Staates« (Joachim Hirsch) geht es ähnlich bedeutungsschwanger und etikettenschwindelnd weiter. Dann halten Autorin und Autoren kurz inne. Sie stellen fest, dass es darauf ankäme, »zu klären, welche Akteurs- und Kräftekonstellationen in der gegenwärtigen Krise miteinander ringen«. (15f) Spurenelemente der beabsichtigten »historisch-materialistischen Politikanalyse« (17) sucht man im Gewusel von Hegemonieprojekten allerdings vergeblich. Darum verwundert nicht, dass der »grundlegende Wandel« (18) schließlich grammatisch aus Irrealismen besteht; Blochs wishful thinking. Die »demokratische Frage« bleibt ein leerer Hauch. Von organisatorischen Formen und Prozeduren ist keine Rede.

Diesem Leitbeitrag folgen sechs spezifischere in bunt unverbundener Folge: der Aufsatz von Lukas Oberndorfer »Hegemoniekrise in Europa« ohne aufgehobenes Material; ein mit vielen Gesichtspunkten aber keiner Analyse versehener Beitrag von Bernd Kasperek/Vassilis Tsianos über die vergrenzende Entgrenzung des Schengen-Vertrags-mündigen Europa ohne Grenzen mit dem Dauerskandal der mörderischen Einrichtung FRONTEX. Ihm schließt sich an José Manuel Romero Cuevas mit den sympathischen, aber eher kontext- und analysefreien Hinweisen auf die spanischen Protestereignisse im Mai 2011. Pia Eberhardt bietet eine kurze, EU-symptomatische Phänomenologie des Lobbyistenge-tümmels in Brüssel. Anna Krämer betritt einige kurze Schritte weit das riesige historische Feld des europäischen Kolonialismus. Ihrem Untertitel »Weißsein konstitutiv für Europa« kann sie sich, kaum überraschend, auf gerade 15 Seiten Text nicht annähern. Sebastian Wolff erkundet die »räumliche Dimension der Krise Europas« auf 19 Seiten. Er tut dies mit folgender Ankündigung, die die eingangs angedeuteten Schwierigkeiten mit unausgepackten Begriffskapseln abschließend belegen: »Diese raumtheoretischen Überlegungen werde ich in einem zweiten Schritt mit Auseinandersetzungen in der materialistischen Staatstheorie um die Transformation von Staatlichkeit in Vermittlung bringen, um sodann mittels eines Streifzugs durch die historische Entwicklung der EU aufzuzeigen, wie sich die gewandelte Konstellation gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse im Postfordismus in eine neue, *multiskalare Form europäischer Staatlichkeit* übersetzt hat, in der Souveränität nicht länger mit dem eindimensionalen Verweis auf die nationale noch auf die europäische Ebene begriffen werden kann.« (141)

Obschon ich mich mit der jüngeren Wissenschaftsgeneration vom »Staatsprojekt Europa« viel lieber und ganz und gar nicht besserwisserisch, aber ungleich erfahrener, in ruhiger, keine Karrierekriterien instrumentalisierender Debatte auseinander- und vor allem zusammensetzen würde, ende ich mit nicht weiter erläuterten sokratischen Fragen: 1. Was war die Intention bei diesem Sammelband, der schon vom Umfang her keinem seiner möglichen Ziele, es sei denn thematisch externen, gerecht werden konnte? 2. Kann man einem komplexen historischen Phänomen und seiner vermuteten Krise – gerade in theoretisch systematischem und politisch radikal-demokratischem Interesse – anders als durch eine – und sei es nur fallanalytisch-exemplarische – historische Analyse seiner Entwicklung »gerecht« werden? 3. Darf man von erprobten theoretischen Gewährspersonen historisch-dialektisch gewonnene Begriffe übernehmen, ohne der veränderten Zeiten und Räume explizit gewahr zu sein? 4. Kommt es vor allem bei, eine Periode, eine Politik, einen widerspruchsvollen Zusammenhang kennzeichnenden Begriffen – à la Gramsci, à la Poulantzas oder Joachim Hirsch – nicht entscheidend darauf an, die Begriffe nicht wie ein pauschales Concretum zu benutzen (begriffsrealistisch), sondern sie genetisch und funktional in ihren hauptsächlichen Vermittlungen auseinanderzulegen und historisch in der Tat zu materialisieren?

So wenig irgendeine Erkenntnis ohne vorgängige Abstraktion (»Theorie«) möglich ist – und sei es im Sinne der Entlarvung nicht explizierter Prämissen und/oder Vorurteile oder beispielhafter Missbräuche von Begriffen wie Menschenrechte und Demokratie –, so wichtig ist es in der Regel – die große, aber nicht widersprüchliche Ausnahme: das Marx'sche Kapital – Begriffe genetisch und vor allem Sachverhalte, die man, wie die EU, begrifflich fassen will, historisch zu verflüssigen. – Ich schließe mit der Bitte um Nachsicht und lasse alle auch sprachlich nötigen Motzereien beiseite: Mich dünkt das Buch, als sei es in der Art eines sozialwissenschaftlich-kritischen und deshalb unkritisch werdenden Selbstbezugs geschrieben. Für Seines- und Ihresgleichen: vielversprechende junge Forscherinnen und Forscher auf zerfurchtem Weg.

Wolf-Dieter Narr (Berlin)